

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Anzeigensbeilage (Lesen, Wissen, Kunst) einschließlich Frachtlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 50 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis frühestens 1/2 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 287.

Dresden, Dienstag den 10. Dezember 1918.

29. Jahrg.

## Niederlage der Unabhängigen in Chemnitz

### Ein Volksvotum.

Chemnitz, 9. Dezember. Bei der heutigen Wahl des Arbeiter- und Soldatenrats zuziehend auf die sozialdemokratische Liste 78.379 Stimmen, auf die Liste der Unabhängigen 6552 Stimmen. Einige Bezirke liegen noch aus.

Obwohl die mitgeteilten Stimmenzahlen noch nicht auf endgültigen Feststellungen beruhen und auch noch nicht ganz vollständig sind, so läßt sich doch mit Sicherheit sagen, daß diese Wahl der alten Sozialdemokratie einen überwältigenden Sieg, den Unabhängigen aber eine fürchterliche Niederlage gebracht hat. Nicht ganz 8 Prozent der abgegebenen Stimmen sind auf ihre Liste entfallen. Auf Chemnitz hatten sie offenbar ihre Hoffnung gesetzt. Wegen sie doch gern mit der Behauptung haften, daß die Mehrheit der Arbeiter hinter ihnen stehe. In der Arbeiterstadt Chemnitz hätte sich das zeigen müssen. Aber ihre Niederlage ist ebenso schmerzhaft wie die in Dresden. Erreut hat sich gezeigt, daß die Unabhängigen weder bei der Arbeiterklasse noch sonst in den Massen einen bedeutenden Anhang besitzen, da doch ihre Gesetzmäßigkeit in einer Zeit, auf die sie ihre Hoffnung gesetzt hatten, offensichtlich im Schwanden begriffen ist.

Begleitet man die Wahlresultate der Unabhängigen mit ihrem anmahnenden Auftreten in den ersten Revolutionstagen, dann tritt der Niederbruch um so klarer zutage. Immer deutlicher zeigt sich auch, daß sie auf die vorherrschende Stellung, die sie in den ersten Revolutionstagen sowohl in den meisten Arbeiter- und Soldatenräten wie in hervorgehobenen leitenden Stellen an sich gerissen und jetzt noch innehaben, keinerlei Anspruch mehr besitzen. Denn jetzt kann noch auch kein Unabhängiger mehr daran zweifeln, daß unsere Wahlleute in Dresden und Chemnitz die Stimmung im Lande, wenn nicht im Reich, und den Willen der Arbeiterklasse widerspiegeln.

### Schiffer über die Reichsfinanzen.

In einem Vortrag in der Handelskammer von Berlin äußerte sich Staatssekretär Schiffer über Deutschlands Finanzlage und die künftige Steuerpolitik. Der Redner hob hervor, daß unsere Finanzlage angesichts dessen, was uns der Krieg gebracht hat, völlig unübersehbar ist. Doch der Steuerbedarf jedoch sehr hoch sein wird, ergibt eine im Frühjahr dieses Jahres unter ganz anderen Voraussetzungen gemachte Kalkulation, die unter der Voraussetzung des Sieges mit einem jährlichen von 19 Milliarden rechnet, gegen 5 Milliarden in Friedenszeiten, von denen 2 Milliarden auf das Reich und 3 Milliarden auf Bundesstaaten und Kommunen entfallen.

Schließlich ist diese Aufstellung durch die traurigen Ereignisse, die sich inzwischen ereignet haben, längst überholt. Die

### Wiederholungen infolge der Revolution

schlechte Staatssekretär Schiffer auf mehr als eine Milliarde, was noch die durch die Desorganisation der Übergangszeit hervorgerufene schlechte Vergütung des Nationalbesitzes mit sich bringt, die das Volk ebenfalls aufzunehmen muß, und ferner die Vergütung der Arbeiterkräfte, die durch Streiks und dadurch getrieben wird, daß es bisher nicht möglich gewesen ist, trotz der Arbeitslosen den teilweise sehr hohen Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Infolge der Unsicherheit der Lage halten vielfach auch die Unternehmer mit Zurückhalten zurück. Die Möglichkeit, daß Deutschland weiteren Werten an zugeht, hat ihren Ausdruck auch bereits darin gefunden, daß unsere sonst so fundierten Banken im Ausland den Kredit gekürzt haben. Das aber rückt die Möglichkeit, daß unsere Feinde ihre Forderungen dadurch schwebelastig machen, sondern sie ihrerseits dadurch schwebelastig machen werden, daß sie die Hand auf die wirtschaftlichen Werte legen. Von der Befestigung des Reiches hängt also Deutschlands Zukunft ab. Beim Bedenken zum

### Steuerprogramm

führte der Redner aus, daß grundlegende neue Steuern nicht in Betracht kommen.

Was die direkten Steuern anbetrifft, so sei unbedingt mit ihrem Ausbau in antipolitokratischem Sinne zu rechnen. Die Erleichterung übermäßiger Vermögen in kurzer Zeit sei ebenfalls bedenklich. Für das deutsche Wirtschaftsleben komme es darauf an, daß Arbeit zu schaffen. Zu entscheiden über das neue Programm werde naturgemäß erst die Nationalversammlung haben. Von den direkten Steuern ist zunächst eine Wiederholung und ein weiterer Ausbau der Besteuerung des Einkommens

vorgesehen, das nicht wie bisher mit 80, sondern mit 80 vom Hundert erhebt werden soll. Weiter wird eine

### restlose Erfassung der Kriegsgewinne

angestrebt, wodurch die durch erhöhte Arbeit und Sparanstrengungen geschaffenen Kriegsgewinne gesichert werden sollen. Um den Kurs der Kriegsanleihen zu stützen, ist in Aussicht genommen, zur Bezahlung dieser Steuern und ebenso für die Bezahlung der dem Wirtschaftlichen nicht nur wieder zunehmenden Forderungen der Kriegsanleihen nicht nur zu verlangen, sondern zwangsweise zu fordern. Ferner ist

### Grundbesitzsteuer

den Erhebungen jedoch sowohl nach dem Steuerobjekt wie nach dem Steuerobjekt verschieden sein soll. Auch ist die Herabsetzung der Grundbesitzsteuer und ferner gegebenenfalls die Auflage einer Zwangsanleihe, so daß also eine Rückgabe der in Anspruch genommenen

Wahlrechte möglich ist. Zum Steuerprogramm der Regierung gehört ferner die regelmäßige Erhebung einer Verbrauchssteuer, einer Reichseinkommensteuer, einer Betriebssteuer für hohe Gewinne und eine Erhöhung der Einkommensteuern, wie Dividenden, Hypothekenzinsen, und schließlich schließlich die Umdeutung der Erbschaftsteuer auch auf die direkten Einkommen, und zwar unter Berücksichtigung der Vermögenslage der Erben, so daß reiche Erben höher zu besteuern wären als arme. An den Ausbau der indirekten Steuern ist natürlich nicht zu denken, vielmehr werden auch diese noch weiter ausgebaut werden. In erster Linie kommt als Steuerobjekt der Tabak in Betracht, und vor allem eine Erweiterung der bisher mit 7 Pfennig abschließenden Steuer für Zigaretten. Ferner werde man mit einer Zigarettensteuer und einem Ausbau der Steuer für Wein und vor allem einer Erhöhung und Verfeinerung der Umsatzsteuer zu rechnen haben. Ganz besonders ist hier ein weiterer Ausbau der Verbrauchssteuer geplant, die den Zins in einer Reihe weiterer Punkte umfassen soll, so bezüglich der Bahnung, Dienerschaft usw. Ein anderes Mittel, um den Steuerertrag zu steigern, ist die Reform der Bekleidungssteuer, die in Zukunft grundsätzlich durch reichlich vorgedachte Steuern aus dem praktischen Leben ersetzt werden sollen, die imhinde sind, der Steuerentziehung auch auf den verhältnismäßig kleinen Weg zu folgen.

Die Erträge aus diesen Steuern werden aber nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Hinzutreten muß eine

### Verbilligung des Staates um Wirtschaften

sehr, doch ist es durchaus nicht richtig, was auch die Ränder

der neuen Regierung bereits betont haben, daß eine allgemeine Sozialisierung nicht sei, die sich auch mit Rücksicht auf die ausländische Politik verweigert. Der Import und Export, bei dem es auf die Jaktuliste des einzelnen ankommt, bleibt frei, ebenso Banken, Sparkassen und alle Gebiete, die für eine Wirtschaftspolitik noch nicht reif sind. Als reif für die Verstaatlichung erachtet man zunächst Wasserkräfte und Wasserstraßen, die Eisenbahnen in höherem Maße als bisher, vormalig auch die Elektrizität und eine Reihe weiterer Betriebe. Außerdem ist auch eine gewalttätige Beteiligung des Staates an Betrieben vorgesehen, die dafür reif sind, und schließlich eine Erhaltung der Produktionskosten durch eine von Staat's wegen zu betreibende Kartellpolitik.

Ob die Durchführung dieses Programms, das ein selbständiges Wirtschaftssystem Deutschlands sicher und dauerhaft, gelingend, hängt von den Friedensbedingungen ab. Was über die Deutscher aufzustellenden Bedingungen bisher verhandelt, form allerdings einer Berücksichtigung des deutschen Wirtschaftslebens gleich, man wird aber letzten Endes, wenn auch nicht auf Milde und Gnade, so doch auf das Widerwachen der Zukunft bei unsren Feinden in dieser Hinsicht rechnen dürfen, zumal da Deutschland, nachdem es sich zu einem Feinde auf der Grundlage der Wilson'schen Forderungen bereit erklärt hat, darauf ein Verbot hat. Ein Verbot in den Friedensverträgen dürfte aber auch im Interesse unserer Feinde liegen, denn ein Ueberwachen des Vorgesand würde die Ergebnisse verringern.

Die geistlichen Ausführungen des Vortragenden fanden bei den zahlreich erschienenen, die der große Beifall der Handlungskammer laun zu lassen vermochte, alleseitig Beifall und Zustimmung.

## Unabhängige, Spartakisten und die Berliner Ereignisse.

Die Situation in Berlin bedingt auf eine Entscheidung zwischen Unabhängigen und Spartakisten hin, nachdem unsere Genossen sich die Sache an und für sich erklärt haben, daß sie sich das Ziel des Volkswirtschaftlichen nicht länger mit uns teilen wollen. In einem anderen Artikel hat die rote Fahne den kläffenden Vorwurf aufrecht, daß Ebert und Scheidemann hinter den Rücken der Vollzugsrat gerichtetem Vorkriegsstand zum Freitag gehalten hätten; das Wort verlangt förmlich den Austritt der Unabhängigen aus der Regierung.

Die unabhängige Freiheit weiß über die Kundgebung der Unabhängigen zu berichten, daß sich im Samboldheim, im Friedrichshain, am Wilmersdenkmal, vor dem Reichstag und schließlich im Tempelower Park 30.000 bis 40.000 Personen eingefunden hatten. Die letzte Kundgebung war dem Platte zufolge eine gemeinsame des Spartakusbundes und der Unabhängigen. Die Freiheit steht aber anscheinend nicht auf dem Standpunkt, daß die Vertreter der Unabhängigen aus der Regierung ausscheiden sollen. In der am Sonnabend abend stattgehabten Aussprache seien alle schwachen Progen gestellt worden. Man dürfe erwarten, daß durch diese Aussprache eine gemeinsame Grundlage gefunden wurde, auf der ein entsprechendes Zusammenarbeiten der revolutionären Behörden, der Regierung und des Vollzugsrats erfolgen werde.

Diese Darstellung läßt sich auf folgende Berliner Meldung: In der gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte und des Reichs der Volksbeauftragten wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Vollzugsrats ergibt sich das Recht der Kontrolle. Dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Exekutive ob. Beide sind übereingekommen, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit ausdrücklich ausgedrückt werden kann. Wir sehen der Zukunft entgegen, daß unser Volk in Anerkennung der schwebenden inneren und äußeren Lage und dabei vollständig unterstützen wird.

Nach einer weiteren Berliner Meldung ist die von verschiedenen Gruppen der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reich gewünschte Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Richtungen auf der dieser Tage in Berlin abgehaltenen Reichskonferenz der Unabhängigen abgelehnt worden. Die Unabhängigen Sozialdemokratie hat beschlossen, überall den Kampf gegen die alte Sozialdemokratie zu führen.

Der Vormarsch veröfflicht eine Erklärung des Soldatenrats der 5. Kompanie des Artilleriebataillons 102, in der es heißt: Wir erklären, daß wir, die Liebkecht als Kameraden in unserer Mitte hatten, ihn wegen seiner konsequenzen Kriegergegnerschaft verachtet und den Weisamen Liebkecht als Ehrennamen hochgehalten haben, seine jegige verwerfliche Tätigkeit nicht schärfte bekämpfen. Wie ein Mann haben wir hinter der jetzigen Regierung, Liebkecht wird seine Berliner Kameraden, von denen er weiß, daß sie auch in Schützengraben ihren Mann standen, unter seine gefährlichsten Begnern finden. In hoch heiligem und erhabenen Sinne, als daß zerstückte Herzen und persönliche Rachegefühl eines einzelnen das kostbare Gut der Freiheit gefährden dürfen.

In den Verhandlungen im Hotel Bristol erklärt eine Berliner Korrespondenz: So sei rascher geworden, daß einige Studenten, die auf eigene Faust eine Wehr gebildet hatten, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, monarchische Gesinnung begien, sich am Sonnabend nach im Hotel Bristol versammelt hatten. Bei der Zusammenkunft fand man im Hotel außer den Studenten auch andere

Männer, Offiziere, Philosophen und Kerle. Von den verhafteten neun Berliner wurden sieben gleich nach Aufklärung wieder entlassen. Die Studenten hatten sich im Wiederstand verweigert, da sie einen Heberfall der roten Garde befürchteten.

In der Sonntagssitzung des Berliner Soldatenrats war berichtet worden über gegenrevolutionäre Truppenansammlungen bei Potsdam. Wie dem B. L. mitgeteilt wird, handelt es sich dabei nicht um gegenrevolutionäre Truppen, sondern lediglich um Staffeln von der Front zurückkehrender Truppen, die sich Berlin bereits nähern und zum Teil schon in oder vor Potsdam eingetroffen sind. Von gegenrevolutionären Truppen, die mit Beschleunigungsbefehl auf Berlin marschieren, könne nicht die Rede sein. Die Truppen hätten mit Einverständnis der Regierung vor den Toren Berlins Halt zu machen. Sie haben durchweg hinter der Regierung Ebert-Saase und wollten feierlich Einzug in Berlin halten.

### Die Befegung Westdeutschlands Die Absichten der Entente.

Die Befegung Westdeutschlands schreitet fort. Am Montag gegen französische Truppen in Mainz ein. Die Stadt Frankfurt in der Pfalz ist von 1200 Mann schweizer Truppen besetzt. In Köln hat die englische Militärpolizei sehr strenge Kontrollen erlassen. Die englischen Offiziere müssen gerüstet werden. Der Verkehr vom frühen Abend bis 7 Uhr morgens ist lahmgelegt.

In Frankreich scheint man noch immer stark mit der Absicht umzugehen, das linke Rheintal französisch zu machen. Der General Angin hat einen Kommandobefehl erlassen, in dem er die Soldaten anfordert, sich ihrer Aufgabe würdig zu erweisen und dafür Sorge zu tragen, daß die Rheinländer selbst die Innerverteidigung in Frankreich wünschen. Poincaré ist in Straßburg und Med. feierlich empfangen. In Reg hat er erklärt, das Elsch-Lösungsangebot angenommen. In Frankreich ist Frankreich seit bereits erfolgt durch den französischen Truppen bereiteten Empfang.

Die deutsche Regierung hat durch eine Note gegen die Anordnungen des Reichshofes protestiert, daß von dem linken Rheintal keinerlei Lebensmittel nach der neutralen Zone gebracht werden dürfen.

In einer Frauenversammlung in London erklärte Lloyd George, die Friedensbedingungen dürfen keine Aude sein, sonst wären sie nicht gerecht. Er verlangt dann Verstrafung der für den Krieg Verantwortlichen, erklärte aber auch, daß die deutsche Volk müsse zur Verantwortung gezogen werden. Die Sozialdemokraten sollen die Absicht haben, auf der Friedenskonferenz die Aufhebung der Militärpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

### Wilson für seine 14 Punkte.

Einige Stunden nach der Abreise Wilsons von Newaer wurde vom Dampfer George Washington aus folgende Meldung des Berichterstatters der United Press drahtlos übermittelt: Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu verteidigen und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf der Freiheit der Meere und der allgemeinen Korruption bestehen. Auf dem dreijährigen Friedensprogramm der Vereinigten Staaten besteht, beschließt er anzukündigen, daß kein Volk die Vorherrschaft auf den Meeren innehalten dürfe, und daß, wenn andere Völker ihr Friedensprogramm nicht einschränken, die Vereinigten Staaten das ihrige erheben müßten. Der Präsident geht von der Ansicht aus, daß die Frage von der ganzen Welt bemerkt werden müßten.